

# Wilsdruffer Tageblatt

Jernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Abdruckt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Vorabzahlung monatlich 4.20 M., durch unsere Postämter gegen Nachnahme in der Höhe monatlich 5 M., auf dem Lande 6.20 M., sonst die Post bezogen vierteljährlich 15.25 M. mit Zustellungsgeld. Alle Postämter und Poststellen sowie andere Abnehmer und Geschäftsstellen nehmen überall Bestellungen entgegen. Im Falle späterer Preisänderungen oder sonstiger Veränderungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Verkaufspreis 1 M. für die 6 gefüllte Korpuszelle oder deren Raum, Restraum, die 2 halbe Korpuszelle 2.50 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisermäßigung. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Sachliche Korpuszelle 3 M. Anzeigenpreis für 50 Plz. Tagesausgabe bis zum 1. Oktober 10 Plz. für die übrigen Plz. der durch den Verlag bestimmten Tagesausgaben überlassen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ohne Genehmigung ist strafbar.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt  
Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 213.

Sonntag den 11. September 1921.

80. Jahrgang.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Auf Grund der Besprechungen mit den bayerischen Delegierten in Berlin rechnet man mit der bevorstehenden Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

\* Die Bemühungen um eine Verbreiterung der preussischen Regierung durch Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei sind vorläufig gescheitert.

\* Der Massenmörder Großmann in Berlin hat ein teilweises Geständnis abgelegt.

\* Der Kongress für Völkerrecht fordert in einer Entschließung Annahme und sofortige Heimendung für die noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen.

\* Am Auftrage der Wiener Regierung hat die österreichische Delegation in Genf in der Angelegenheit der Vorgänge im Burgenland an den Völkerbund appelliert.

\* Aus dem Burgenland wird gemeldet, daß die österreichische Landesregierung für Bestätigung der in der Vorwoche ungarischer Vandalen auf Matersdorf und von dort nach Wiener Neustadt zurückzog.

\* Der englische Gewerkschaftskongress in Cardiff sprach die Absicht aus, bei den Washingtoner Abrüstungsabhandlungen gegen die Flottenpolitik Großbritanniens aufzutreten.

## Nord und Süd.

„Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen...“ sind diese Eingangsworte der deutschen Reichsverfassung wirklich auch zum Geleitwort der deutschen Volkstümlichkeit geworden? Wenn man die Entwicklung der verschiedenen großen Fragen, die das innere Leben des deutschen Staatswesens betreffen, mit diesem von hohem Idealismus zeugenden Motto vergleicht, so könnte man fast in Versuchung kommen, sich sehr trüben Gedanken hinzugeben. Meinungsverschiedenheiten und Krisen überall, während uns doch Einheit und produktive Arbeit über alles not tut. Es scheint wirklich ein Rationalfehler der Deutschen zu sein, daß sie selbst in den Zeiten, wo alle inneren Streitigkeiten das schon ohnedies mit schweren Stürmen kämpfende Staatsgeschiff allzu leicht zum Scheitern bringen könnten, sich trotzdem nicht auf die gemeinsamen vaterländischen Aufgaben besinnen und ihre Parteifeldenschafter mitunter so sehr in den Vordergrund stellen, daß man glauben möchte, sie hätten der Liebe zum Vaterlande, die doch gerade uns Deutschen im Laufe einer langen Geschichte zu einem unentbehrlichen Lebensgute geworden ist, vergeren. In den Hauptstädten des Nordens und des Südens des deutschen Vaterlandes haben sich in diesen Tagen wieder politische Vorgänge abgespielt, die man nach dem üblichen Sprachgebrauch leicht als Krisen zu bezeichnen pflegt, die aber doch, wenn sie sich allzu oft wiederholen, in ihrer Gesamtwirkung schwere Hindernisse auf dem mühsamen Weg zum Wiederaufstieg der Nation wälzen.

Der Sticht um die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern scheint sich jetzt, wenn nicht noch besondere Zwischenfälle eintreten, glücklicherweise einer Lösung zu nähern. In zweitägigen Beratungen zwischen der Reichsregierung und der aus München nach Berlin entsandten Abordnung ist man nach vielen Schwierigkeiten dazu gelangt, einen Kompromißvorschlag auszuarbeiten, zu dem die bayerische Regierung nunmehr Stellung zu nehmen hat. Die Münchener Delegierten sind mit diesem Vorschlag wieder nach ihrer Heimat abgereist, und man kann wohl annehmen, daß in den ersten Tagen der nächsten Woche eine direkte Verständigung zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung auf Grund der in Berlin geleisteten Vorarbeit erzielt wird. Die hauptsächlichsten Meinungsverschiedenheiten bestanden darin, daß die Reichsregierung auf Grund des ihr verfassungsmäßig zustehenden Rechtes entschlossen war, den Belagerungszustand, den sie in allen anderen Teilen des Reiches schon aufgehoben hat, auch in Bayern wieder für beendet zu erklären. Die bayerische Regierung war jedoch der Ansicht, daß ein solcher Schritt angesichts der in Bayern herrschenden besonderen Verhältnisse vielleicht von verhängnisvoller Wirkung sein könnte. Weiter fühlte sich die bayerische Regierung dadurch in ihren Hoheitsrechten beeinträchtigt, daß die Reichsregierung bei der Veröffentlichung des Erlasses vom 29. August nicht vorher mit den zuständigen Stellen in München wegen der Durchführung dieses Erlasses in Bayern Fühlung genommen hatte. Um nun zu vermeiden, daß es hierbei zu einer Kräfteprobe zwischen den Regierungen in München und Berlin komme, die der Reichseinheit sicherlich die größte Gefahr bereiten hätte, sind die seit ihrer ersten Teile abgeschlossenen Kompromißverhandlungen geführt worden. Diesen Weg kann man nur begrüßen. Von amtlicher Seite wird vorläufig der Inhalt der in Berlin getroffenen Vereinbarungen geheim gehalten, um erst der bayerischen Regierung eine Stellungnahme dazu zu ermöglichen. Aus nicht amtlicher zuverlässiger Quelle verlautet jedoch, daß auf Grund dieses Kompromisses die bayerische Regierung sich voraussichtlich entschließen wird, der Aufhebung des Belagerungszustandes keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen, während sie andererseits dafür gewisse Garantien, daß sie Handhabung der neuen Verordnung in Bayern den Wünschen der Münchener Regierung künftig besser als bisher entsprechen wird, erhalten soll. Auch soll in Zukunft die Reichsregierung möglichst nicht ohne vorherige Fühlungnahme mit den Ländern vorgehen. Auf dieser Basis wird

voransichtlich die bayerische Krisis binnen wenigen Tagen beigelegt sein. Dafür spricht auch der Umstand, daß alle Koalitionsparteien einschließlich der Mehrheitssozialdemokraten bei den Berliner Beratungen ihre Zustimmung zu diesem Ausweg gegeben haben.

Am gleichen Tage, an dem in Berlin über die bayerische Frage verhandelt wurde, fanden in der Reichshauptstadt auch Besprechungen über eine Umgestaltung der preussischen Regierung statt, ein Problem, welches schon seit langem zu einer Lösung drängt. Bekanntlich ist in Preußen nach den Landtagswahlen und nach langen Verhandlungen nur eine Minderheitsregierung unter Beilegung des Zentrums und der Demokraten zustande gekommen. Es versteht sich von selbst, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht haltbar ist. Während aber nun der preussische Ministerpräsident Stegerwald und mit ihm die große Mehrheit der bürgerlichen Parteien dafür eintritt, daß die preussische Regierung durch Hinzuziehung der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei nach rechts und links gleichmäßig erweitert werden soll, wollen die Sozialdemokraten von dieser Zusammenarbeit nichts wissen, sondern wünschen vielmehr eine Koalition aus Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängigen, Zentrum und Demokraten. Für diese Lösung aber sind die beiden bürgerlichen Parteien nicht zu haben. Der neue Versuch, die preussische Regierung umzugestalten, ist daher nach verhältnismäßig kurzen Beratungen reslos gescheitert, und man wird erst abwarten müssen, wie sich der binnen kurzen bevorstehende Parteitag der Sozialdemokraten zu der grundsätzlichen Frage der Zusammenarbeit mit der Volkspartei stellen wird, ehe man diesen Versuch einer Erweiterung der preussischen Regierungsbasis mit Aussicht auf besseren Erfolg wiederholen kann.

Erst wenn es gelingt, die leider bestehenden beklagenswerten Gegensätze auszugleichen, wird auch die Möglichkeit gegeben sein, die angesichts der immer bedrohlicher anwachsenden wirtschaftlichen Krisis so notwendige Zusammenfassung aller zum Wiederaufbau wirkenden Kräfte durchzuführen, und erst dann wird bei allen deutschen Stämmen im Norden wie im Süden die alte Reichstreue und das stolze Bewußtsein, Kinder eines gemeinsamen großen Vaterlandes zu sein, wieder ungehindert wirken können.

## Freiheit den Kriegsgefangenen!

Der Völkerrechtungskongress für eine Amnestie. Der wollte ernsthaft glauben, daß Europa wieder im Frieden lebt und daß neue Schritte zur Wiederannäherung der Nationen getan werden können, so lange die Schmach von Wagnon nicht aus der Welt geschafft ist? Immer wieder müssen wir uns daran erinnern, daß noch eine wenn auch kleine Zahl deutscher Soldaten in französischer Gefangenschaft liegt, unter nichtigen Anklagen als „Verbrecher“ zurückgehalten wird, nachdem seit Jahren schon alle feindlichen Gefangenen einschließlich aller Zivilisten von uns zurückgegeben wurden! Dieser allem Menschenrecht hohn sprechende Zustand hat jetzt auch den in Genf tagenden „Kongress für Völkerrecht“ veranlaßt, seine Stimme für diese unglücklichen Opfer eines rachsüchtigen Chauvinismus in die Wagschale zu werfen.

Er nahm eine Entschließung an, in der die Regierungen, Parlamente und der Völkerbund zugunsten einer allgemeinen Amnestie für die Kriegsgefangenen angerufen werden, die wegen Mißhandlungen, Gehorsamsverweigerung usw. sich in seelischen und kolonialen Gefangnissen befinden. Nach der Amnestie sollen die Kriegsgefangenen sofort in ihre Heimat abbedordert werden.

Wenn man bedenkt, daß die meisten dieser wegen angeblicher Straftaten in Frankreich zurückgehaltenen deutschen Gefangenen nichts anderes verbrochen haben, als Versuche zu ihrer Befreiung, oder vielleicht sich Lebensmittel oder Kleidungsstücke für ihre Familien angeeignet haben, so muß man mit größtem Nachdruck fordern, daß diese unter dem Zeichen des Krieges als Selbstverständlichkeiten anzusehenden Übertretungen nicht nach dem gänzlich unzulänglichen Maßstabe der Gerichtsbarkeit für Vergehen im bürgerlichen Leben noch Jahre nach dem Friedensschluß gebüßt werden sollen. Besonders der Völkerbund könnte sich ein Verdienst erwerben, wenn er sich dieser Frage mit allem Eifer annähme würde.

## Aus der Tätigkeit des Völkerbundes.

Der in Genf tagende Völkerbund, der durch seine Beschäftigung mit der Oberschlesischen Frage auch für Deutschland eine sehr erhöhte Bedeutung gewonnen hat, trat neuerdings in eine Aussprache über seine allgemeine Politik ein. Dabei sprach Lord Robert Cecil seine Befriedigung über das vom Völkerbund bisher durchgeführte Werk aus, besonders in der Frage der Heimführung der Kriegsgefangenen und bezüglich der Untersuchungen über die Deportationen von Frauen und Kindern in der Türkei. Gegenüber dieser Anerkennung schloß es auch nicht an scharfer Kritik. Der schwedische Vertreter B r a n t i n g tabelte, daß der Völkerbund sich mit verschiedenen Fragen überhaupt nicht beschäftigt habe, aus denen man eine der Erhaltung des Friedens dienliche Lösung erhoffen könnte. Auch seien die von ihm angewandten Methoden nicht immer die allschärfsten gewesen. Branting sagte wörtlich: Ich glaube

unbestreitbar, daß die Beratungen des Rates oft den Eindruck hervorriefen, daß die Entscheidungen nicht in seinen Sitzungen, sondern wo anders vorbereitet, ja sogar wo anders gefällt wurden. Ein solches Verfahren ist selbstverständlich mit dem Geiste und dem Sinn unvereinbar. Er warnte daher, daß der Rat in irgendeiner Weise als Organ einer bestimmten Mächtegruppe erscheine.

## Zur Oberschlesischen Frage

aab Lord Cecil in der Völkerbundsversammlung folgende Erklärung ab: „Ich will nichts in der Sache selbst sagen, aber die Hoffnung aussprechen, daß der Völkerbundrat nicht nur eine völlig gerechte Lösung finden wird, was selbstverständlich ist, sondern eine Lösung, die aller Welt gerecht erscheint. Denn es genügt nicht, daß eine Lösung gerecht ist, sie muß auch als gerecht empfunden werden.“ — Wenn das dem Völkerbund gelingen sollte, so würde er damit einen hervorragenden Beweis seiner Existenzberechtigung, gegen die in Deutschland manche begründeten Zweifel gehegt wurden, geliefert haben.

## Günstiger Eindruck in München.

Vor der Lösung der Krisis.

München, 9. September.

Der Eindruck, der hier von den Berliner Verhandlungen mit der bayerischen Delegation herrscht, geht dahin, daß in den Berliner Verhandlungen zwar eine wesentliche Annäherung erzielt sei, daß aber die Lage trotzdem noch als ernst anzusehen ist. Auf Grund des Verhandlungsergebnisses ist jetzt der Modus zu finden, der die unparteiliche Durchführung der von der Reichsregierung erlassenen Ausnahmebestimmungen in Bayern sichert, ohne die Landesregierung von dem Vollzug auszuschalten; ferner sind weiter von der bayerischen Regierung terminmäßige Garantien für den Abbau und in dessen Verfolg für die Aufhebung des Ausnahmezustandes zu geben.

Nach anderen Meldungen ist der erste Eindruck, den das Kompromiß auf die maßgebenden Stellen gemacht hat, durchaus günstig. Man rechnet bestimmt damit, daß dieser Kompromißvorschlag die Billigung nicht nur der Regierung, sondern auch der Koalitionsparteien finden wird, und daß eine befriedigende Klärung und Lösung der schwebenden Fragen Zustandekommen.

## Ein Dollar = 104 Mark.

Paris, 9. Sept. Das fortgesetzte Sinken des Markkurses erzeugt hier Beunruhigung. Man fürchtet, daß in Deutschland bald österreichische Verhältnisse eintreten könnten, daß es nicht nur nicht mehr zahlen können, sondern daß es noch wird unterstellt werden müssen.

Unsere arme Reichsmark wird immer weniger wert. Erinnern wir uns noch der Tage aus der Revolutionszeit, da in Plätzen an den Mauern an Ruhe und Ordnung gemahnt wurde, weil sonst die Mark auf zwanzig Pfennig fallen könnte! „Eine Mark gleich zwanzig Pfennig! Arbeiter, Bürger, wolkst ihr das?“ Ach, wie lange ist es her, daß die deutsche Mark auf dem Weltmarkt noch zwanzig Pfennig wert war! Und was für ein Erfolg wäre es, wenn wir diesen trübseligen Stand wieder erreichten! Der amerikanische Dollar wurde vor dem Kriege mit rund vier Mark gerechnet (ein Paar Pfennig darüber), in den letzten Tagen rechneten 95 Mark, 97 Mark, 104 Mark. Die deutsche Reichsmark, die vom Reichsfiskus noch vor kurzem mit Groschenmark bezeichnet wurde, ist also im Auslande nicht einmal einen Sechser mehr wert. Die Besitzer von Papiergeld flüchten ihre Kapitalien weiter in Sachwerte. Die Anträge auf Wertpapiergeschäfte haben sich bei den Banken derart gehäuft, daß in Berlin die Börse für einige Zeit geschlossen werden mußte. Daß in den Kreisen derer, die sich jetzt mühselos an der Not des Volkes bereichern wollen, eine Ernüchterung eintritt, ist leider nicht anzunehmen. „Egoismus ist die stärkste Grundlage des Geschäftsbetriebes, ganz davon abgesehen, daß man aus Patriotismus keine Goldmark prägen kann“, sagte dieser Tage ein hervorragender Bankmann.

Allerdings ist es der deutschen Mark schon einmal schlechter gegangen. Stand heut der Dollar auf 104 Mark, so mögen Trostspender darauf hinweisen, daß er vor anderthalb Jahren schon die Zahl 108 erreichte! Das war am 27. Januar 1920, kurz vor dem Kapp-Putsch. Aber das war damals in einer besonders schweren Zeit, in der man namentlich im Auslande die deutschen Verhältnisse als noch sehr ungeklärt ansah. Und man muß, wenn man den augenblicklichen Dollarkurs richtig würdigen will, sich daran erinnern, daß er schon wenige Monate nach seinem Höchststande, nämlich am 23. Mai 1920, nur noch mit 35 Mark bezahlt worden ist. Von da bis jetzt ist er allerdings dann wieder in behäbiger ununterbrochener Aufwärtsbewegung bis über 100 gestiegen. Es bedarf keiner besonderen Erörterung, was diese neuerliche scharfe Steigerung des Dollar bedeutet. Sie ist ja keine isolierte Erscheinung, sondern ihr geht die Steigerung sämtlicher Auslandsdevisen parallel. Soar die österreichische Krone ist